Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 2

Artikel: Chile und die deutsche Bundeswehr
Autor: Carlebach, Emil
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142336

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

derholt gesagt, wenn Westdeutschland die DDR angreifen sollte, dann platzte eine halbe Stunde später eine Atombombe im Zentrum von Bonn.

Einen großen Krieg ohne Atomwaffen kann es also in Europa nicht geben. Insofern ist die «Landesverteidigung», wie sie die NATO mit ihren Truppen, Schützenpanzern, Motorradfahrern usw. vorzutäuschen versucht, völlig sinnlos. Oder etwa doch nicht? Hat auch bei uns der ganze militärische Zauber nur noch den einen Sinn: dafür zu sorgen, daß immer dann, wenn etwa auf demokratischem Weg irgendeine Art von Sozialismus auszubrechen droht — so wie in Chile — sogleich der Funke ausgetreten werden kann — so wie in Chile?

Eines scheint festzustehen: Solange der Nimbus der «Landesverteidigung» aufrechterhalten bleibt, solange demokratische Staatsmänner es nicht wagen, ihre Berufssoldaten davonzujagen, wird es so weitergehen wie bisher und muß man fragen: Wer ist der nächste nach Chile?

Heinz Kraschutzki

Chile und die deutsche Bundeswehr

Seit dem Staatsstreich der faschistischen Generale in Chile vom letzten September haben sich unzählige Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Liberale in der Bundesrepublik gefragt, wie es um die Generale der Bundeswehr stehe. Sie erhielten ihr Brevet von Hitler — kann man sich darauf verlassen, daß sie sich heute an die (republikanische) Verfassung halten?

Die Frage wurde ganz offen gestellt von Erwin Horn, einem sozialdemokratischen Mitglied des Bundestages, der in einer gründlichen Analyse nachwies, daß mehrere Generale, die seit zwei Jahrzehnten den Aufbau und die ideologische Schulung der Bundeswehr unter sich hatten, sich öffentlich als der äußersten Rechten zugehörig zu erkennen gaben. Horn nannte die Generale Karst, Grashey, Thilo, Schall und andere und erklärte, gewisse Generale hätten mindestens intellektuell mit der Idee gespielt, die Verfassung zu ändern, sogar sie zu brechen.

Das Wochenblatt «Welt der Arbeit», offizielles Organ des (west) deutschen Gewerkschaftsbundes, schrieb am 2. Nov. 1973: Horn und andere Eingeweihte sind der Auffassung, daß unter der sozial-liberalen Regierung im Offizierskorps ein politisches Kräftemessen sich ausbreitet, das zu gegebener Zeit zum Verfassungsbruch führen könnte. Dinge dieser Art beginnen oft mit Diskussionen spät abends in der Offiziersmesse — sagen wir mit einem Problem wie es in letzter Zeit oft auftaucht: «Wie lange brauchte wohl die 15. Brigade für den Marsch von

Koblenz nach Bonn, wenn es gälte, dort auszumisten? Fragen dieser Art werden heute in den militärischen Verbänden dutzendweise erörtert.

Anfänglich waren die Kritiker nur Outsiders, die den Bundeswehrgeneralen nicht trauten. Doch am 10. November 1973 riß ein führender Vertreter der Bundeswehr selbst den Schleier weg — General Friedrich Beermann (a. D.) stellte sich öffentlich an die Seite der Junta in Chile und bezeichnete Gegner des Staatsstreichs als Staatsfeinde (enemies of the constitution).

Was den Skandal noch verschlimmerte ist, daß General Beermann nicht ein beliebiger Sozialdemokrat, sondern ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist. Am sozialdemokratischen Kongreß in Schleswig-Holstein proklamierte er, die chilenischen Generale hätten zu Recht interveniert, «da sie die verfassungsmäßige Ordnung wieder herstellten».

Allgemeine Empörung —. Beide, der schleswig-holsteinische SP Parteipräsident und der Vorsitzende der SP-Fraktion im Provinzparlament entgegneten Beermann. Er schlug zurück: «Ihr versucht in diesem Land unter unserer Bevölkerung den Boden für eine soziale Revolution — gegen die Verfassung — vorzubereiten.»

Der Skandal war komplett. Die SP war so stolz darauf gewesen, Generale unter ihren Mitgliedern zu zählen. Vor Jahren (1950) hatten sie ihn mit großer Genugtuung in die Partei aufgenommen — den früheren kaiserlichen Offizier, später Hitlers Offizier, und ihm noch für ein AbgeordnetenMandat gesorgt. Am 10. November 1973 wurde dann klar, daß nicht das Offizierskorps sozial und demokratisch beeinflußt, sondern daß die SP militärisch unterwandert worden war.

Sogar schon vor dem Skandal in Schleswig-Holstein hatte die Gewerkschaftszeitung «Welt der Arbeit» festgestellt: «In letzter Zeit wird die Kritik immer schärfer, dies ist z. T. dem Eindruck zuzuschreiben, daß der sozialdemokratische Verteidigungsminister Leber immer mehr unter den Einfluß der Generale gerät.»

Dazu kommt, daß die Generale natürlich im allgemeinen nicht SP-Mitglieder sind wie Beermann, sondern Leute, die viel weiter rechts stehen und kein Geheimnis daraus machen. General Schnez, früher Generalinspektor des Heeres, erklärte schon im Mai 1969, gewisse Teile der parlamentarisch demokratischen Gesellschaftsordnung seien «unvereinbar mit soldatischen Pflichten».

General Karst, früher verantwortlich für Erziehungsfragen in der Armee, ist heute Vorsitzender der äußerst rechts stehenden «Deutschlandstiftung» und schreibt regelmäßig in deren Monatsschrift «Deutschland-Magazin». Seine Artikel sind wütende Attacken auf Gewerkschafter und Sozialdemokraten, Kabinettminister inbegriffen.

General Trettner, langjähriger Generalinspektor der Bundeswehr, obschon er in Rußland zu fünfundzwanzig Jahren Gefängnis wegen

Kriegsverbrechen verurteilt worden war, erklärte 1969: «Soldatisches Handeln könne nicht durch Gesetze, Verträge und Regierungserklärungen festgelegt werden». Uebereinkommen mit NATO-Partnern stehen nach Trettner höher im Rang als die westdeutsche Verfassung.

Solche Beispiele könnten nach Belieben vermehrt werden, was nicht verhinderte, daß Minister Leber sich gegenüber dem Bundestag für die Verfassungstreue seiner Generale verbürgte — «hatten sie doch den Eid auf die Verfassung geschworen».

Uebrigens wurde durch die Zeitungen bekannt, daß am Tag des Schleswig-Holstein-Skandals ein anderer hoher Offizier der Bundeswehr, Oberstleutnant Witt, einen Brief hatte zirkulieren lassen mit dem Vorschlag, den Friedens-Nobelpreis an Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß zu verleihen (der noch immer seine Strafe wegen Kriegsverbrechen absitzt). Oberstleutnant Witt ist ein führender Funktionär der neo-nazistischen Nationaldemokratischen Partei — aber das Dekret, das «Extremisten» aus dem Staatsdienst ausschließt, kommt gegen Leute wie Witt nicht zur Anwendung.

Am 13. November hatte das Springer-Blatt «Die Welt» noch folgende interessante Notiz hinzuzufügen: «Friedrich Beermann gab alle diese Tatsachen schon früher bekannt, als er zu den Parlamentariern der SP sprach. Dort wurden seine Ansichten ohne Widerspruch angehört». Emil Carlebach in «Die Weltbühne», Dez. 1973.

Nachschrift der Redaktion:

Uns scheint, dieser Artikel bestätige nur zu deutlich die Ausführungen von Heinz Kraschutzki.

Câmara in Zürich

Bevor er nach Oslo reiste, um den «Friedenspreis des Volkes» entgegenzunehmen, sprach Erzbischof Câmara am Samstag, dem 9. Februar vor etwa viertausend Männern und Frauen in der Züspahalle in Zürich. Es war ein Erlebnis, diese ernsten Menschen, unter ihnen wohl die Hälfte Jugendliche, seinen packenden Worten lauschen zu sehen. Da war nichts von Demagogie, wohl aber ein ergreifender Appell, uns für eine menschlichere und gerechtere Welt einzusetzen. Ohne Gerechtigkeit kein Friede, das ist der Sinn seiner Botschaft, die seiner Zeit auch Leonhard Ragaz verkündete. Hoffen wir, daß die zahlreichen weltlichen, und die geistlichen Würdenträger beider Konfessionen, die Câmara hörten, die Zeichen der Zeit nun besser verstehen. Es konnte ihnen nicht entgangen sein, wie einmütig diese Versammlung zum Beispiel unsere schweizerischen Waffenexporte nach der Dritten Welt verurteilte. Red.